



KAVANAUGH TROTZ MASSIVER KAMPAGNE VON LINKS VEREIDIGT

Ein Sieg für die Demokratie

Von ARENT | Noch sind die USA kein Land, in dem man für seine Parteizugehörigkeit verurteilt werden kann: Brett Kavanaugh wurde als Richter für den Supreme Court vereidigt.

Die massiven medialen und politischen Kampagnen – auch hierzulande – haben nichts genützt: Die Drohungen, Diffamierungen und teilweise gewaltsamen Proteste – wohlgermerkt, komplett ohne jeden Beweis, aufgrund von Anschuldigungen, die zufälligerweise kurz vor der Vereidigung auftauchten und 30 Jahre zurückliegen, sind ins Leere gelaufen.

Die Verachtung für demokratische Wahlen, Verfassungen und Rechtsstaatlichkeit ist mittlerweile mit den Händen zu greifen. Es gibt Leute, die schlicht nicht akzeptieren wollen, dass man eine Person nicht einfach aufgrund seiner Parteizugehörigkeit verurteilen kann. Es gibt auch Leute, die selbst nach zwei Jahren nicht akzeptieren können, dass sie die Wahl gegen Trump verloren haben und die offen davon fantasieren, eine demokratische Wahl zu kippen.

Die Entscheidung – der Senat stimmte mit knapper Mehrheit von 50 zu 48 für Kavanaugh – ist daher ein Sieg für die Demokratie und den Rechtsstaat in den USA. Sie ist eine Ohrfeige für all

jene, die, statt gute Politik zu machen, den politischen Gegner diffamieren und persönlich angreifen.

In Europa sieht die Situation schlimmer aus. Nach seinen Fake News-Vorwürfen gegenüber den Medien wurde Maaßen versetzt. Im Falle des Brexit-Referendums wird immer noch mit aller Macht versucht, es zu Fall zu bringen oder den Briten möglichst viele Steine in den Weg zu legen. Die Drohungen und tatsächlich erfolgten Jobverluste, wenn man bei Pegida oder anderen Demos mitläuft, sprechen eine deutliche Sprache.

In Europa kann man wegen seiner Parteizugehörigkeit verurteilt werden. Die Verachtung für Wahlen, Verfassungen und den Rechtsstaat zieht sich bis in das Bundeskanzleramt.

Gerade deshalb zeigt das Beispiel aus den USA, dass es auch anders geht. Ursprünglich sollte die Berichterstattung über einen Wüterich Trump von den Problemen in Europa ablenken. Von den Anschlägen, den Morden, der Eurokrise.

Mittlerweile hat sie sich zum Bumerang entwickelt. Die Leute sehen, dass es auch anders geht. Und die öffentlich-rechtlichen dürften gerade in die Tischkante beißen, weil das Feindbild USA zunehmend an Überzeugungskraft verliert.



Erdogan läuft Amok gegen Trump

Von MANFRED ROUHS | Recep Erdogan hat sich gehörig verkalkuliert. Mit dem politischen Auftreten im Stil eines osmanischen Sultans hat er Angela Merkel um den Finger gewickelt und Emmanuel Macron eingeschüchtert – aber der Mann im Weißen Haus ist eine Nummer zu groß für ihn. An Donald Trump beißt er sich die Zähne aus.

Eine Andeutung Trumps, nicht mehr als eine Andeutung genügte, um die auf tönernen Füßen stehende türkische Wirtschaft zu erschüttern. Im Streit um den evangelikalen US-Pfarrer Andrew Brunson, der seit Oktober 2016 in einem türkischen Gefängnis einsitzt, verhängte Trump Sanktionen gegen zwei türkische Minister. Eine moderate Maßnahme ohne realwirtschaftliche Auswirkungen. Aber das Symbol genügte, um die türkische Währung auf Talfahrt zu schicken.

Seither beschimpft Erdogan den US-Präsidenten und fordert seine Landsleute zu einem Boykott von US-Produkten auf. Zuletzt verlangte er, die Türken mögen keine amerikanischen elektronischen Geräte mehr kaufen. Trump antwortete mit Zöllen auf türkische Stahl- und Aluminium-Importe. Daraufhin begann die nächste Phase der Talfahrt der türkischen Wirtschaft, obwohl das betroffene Handelsvolumen überschaubar ist.

Die Märkte haben das Vertrauen in die Türkei verloren, deren Wirtschaftswachstum sich überhitzt hatte. Jetzt folgt die überfällige Korrektur.

Erdogans Macht stößt an eine Grenze, und die setzt ihm das wirtschaftliche Entwicklungspotential der Türkei. Damit scheitert auch seine Strategie, über Geiselnahmen außenpolitische Entscheidungen zu erzwingen. Denn Donald Trump lässt sich von nichts und niemandem zwingen – ihn beeindruckt

offenbar der Zwergenaufstand des Mächtegern-Sultan nicht im geringsten.



US - Pastor
Andrew Brunson.

Erdogan fordert von den USA die Auslieferung seines religiösen und politischen Konkurrenten Fethullah Gülen, dem er vorwirft, seine Herrschaft in der Türkei untergraben zu wollen. Da streiten sich zwei radikal-islamische Brüder im Geiste. Es geht nicht um bedeutende ideologische Differenzen, sondern um einen Machtkampf innerhalb der Familie des politischen Islam.

Mit der willkürlichen Inhaftierung Brunsons wollte sich Erdogan einen Faustpfand für die Auslieferung Gülens verschaffen. In Verhandlungen mit Merkel & Co. funktioniert diese Strategie bestens: die zeigt sich gegenüber dem Herrscher am Bosphorus willfährig, um beispielsweise die Freilassung von Journalisten zu erreichen, die Erdogan mit geringem Aufwand einfängt, um sie als politische Handelsware zu verwerten.

Trump spielt da nicht mit. Gott sei Dank! Denn Erdogan hätte freie Hand für weitere Willkür, falls jeder auf seine Methoden so defensiv reagieren würde, wie es Merkel & Co. getan haben.

Trump stoppt Erdogan. Wir Deutschen haben Grund, ihm dafür dankbar zu sein!



Iran: Berlin und Brüssel fallen Trump in den Rücken

Von BEOBACHTER | Donald Trump hat die erste Stufe von Wirtschaftssanktionen gegen den Iran in Kraft gesetzt. Von der deutschen Bundesregierung und Europa bekommt er indes keine Unterstützung. Berlin und Brüssel fallen dem amerikanischen Präsidenten offen in den Rücken.

Es geht um Handelssanktionen gegen das Mullah-Regime nach Aufkündigung des Atom-Abkommens, das noch unter Trumps Vorgänger Obama ratifiziert wurde. Zur Wirkung gehört, dass die Sanktionen nicht von iranischen Handelspartnern in der Welt unterlaufen werden. Trump hatte unmissverständlich erklärt: Wer mit dem Iran weiterhin Geschäfte macht, macht keine mehr mit Amerika.

Das stört die deutsche Bundesregierung und die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini offensichtlich einen feuchten Kehrlicht. Sie halten weiterhin fest am Atom-Abkommen und stemmen sich wie zum Trotz gegen die jetzt greifende erste Stufe von Wirtschaftssanktionen, die im November noch hinsichtlich von Irans Öl-Exporten verschärft werden.

Außenminister Heiko Maas trat noch verhältnismäßig moderat auf. Er kündigte an, europäische Unternehmen, die „legitimerweise“ in Iran tätig seien, zu unterstützen. Wie das

konkret aussehen soll, bleibt momentan noch sein Geheimnis.

Die EU-Außenbeauftragte ermutigte dagegen am Dienstag europäische Unternehmen zum Handel mit dem Iran. Maas und Mogherini verhalten sich damit nicht als ausgewiesene westliche Bündnispartner Amerikas, sondern als Interessenspartner eines Regimes, das erklärter Todfeind der Israelis ist und seine Milliarden als Unruhestifter in der arabischen Welt verpulvert. An diesen unverantwortlichen vertraglichen Schwächen litt das Obama'sche Atom-Abkommen. Hinzu kam, dass der Iran sein Nuklearprogramm nach Trumps Lesart weiter betreiben konnte. Trump war nicht gewillt, die Mullahs weiterhin unter diesen Voraussetzungen zu pampern und kündigte das Vertragswerk einseitig.

Die westlichen Co-Vertragspartner, allen voran die deutsche Kanzlerin und die Brüsseler Machtclique, warfen daraufhin Trump unlauteren Vertragsbruch vor und hielten stattdessen in Treue fest zu Irans Präsident Hassan Rouhani. Bündnispartnerschaft sieht anders aus.

Doch Trump hat (schon wieder) Recht behalten: Die iranische Revolutionsregierung steuert nach Ansicht von Experten auf einen wirtschaftlichen Kollaps zu. Die schon lange schwelende Unzufriedenheit in Teilen der iranischen Bevölkerung richtet sich indes weniger gegen Amerika und den amerikanischen Präsidenten als mehr gegen die eigene Führung. Das jedenfalls meldete der Phoenix-Reporter am Dienstag im Interview vor Ort, der von ständigen Protesten berichtete.

Der einfache Bürger fragt sich: Sind die Regierungspolitiker in Berlin und Brüssel so naiv und blind, dass sie die sich abzeichnenden Risse im Mullah-Regime nicht erkannt haben? Werden sie von ihren Geheimdiensten nicht hinreichend informiert oder sind sie inzwischen total hirngewaschen von schmeichlerischer islamischer Propaganda, dass sie sich offen gegen ihren wichtigsten westlichen Partner stellen und ihm die Rückendeckung verweigern?

Der FDP im Bundestag war es vorbehalten, aus dieser islamverklebten Phalanx auszubrechen. Ihr außenpolitischer Sprecher Bijan Djir-Sarai zeigte im Phoenix-Interview die Schwächen des Atomabkommens auf und riet zu neuen Verhandlungen.

Solche Verhandlungen zum Zwecke der Friedenssicherung und iranischen Verhaltensänderung hatte der amerikanische Präsident selbst immer wieder und auch jüngst in Aussicht gestellt. Natürlich feuern die medialen Sturmgeschütze aus allen Rohren gegen ihn und unterstellen, es gehe ihm nicht um ein neues Atomabkommen, sondern um einen Regimewechsel im Iran.

So vermessen, auf einen Regimewechsel zu setzen, dürfte Trump nicht sein. Zumal niemand nach den Erfahrungen im „arabischen Frühling“ – auch hier versagten die westlichen Führungsriege in der richtigen Einschätzung reihenweise – nicht sicher sein kann, dass es anschließend noch schlimmer kommt als vorher. Aber um politisch Druck gegen ein verbrecherisches Regime aufzubauen und zum nachhaltigen Einlenken zu bewegen, taugen Trumps Maßnahmen allemal.

Wie ihn Berlin und Brüssel dabei und zum Nachteil Israels im Stich lassen, wird sich rächen. Natürlich gehört es zu den Aufgaben einer Regierung, seine eigene Wirtschaft und heimische Arbeitsplätze zu schützen. Dies kann man auch diplomatisch still und leise tun. Die drei Milliarden Handelsvolumen deutscher Unternehmen mit dem Iran können kein triftiger Grund sein, den Mullahs politisch das Händchen zu halten. Solche Verluste sind Peanuts im Verhältnis zu den zweistelligen Milliarden-Summen, die das deutsche Umvolkungs-Experiment jährlich kostet und könnten leicht aus Merkels Portokasse bedient werden.



USA: Oberster Gerichtshof bestätigt Trumps Moslem-Einreiseverbot

„Supreme Court bestätigt Einreiseverbot. Wow!“, [twitterte](#) US-Präsident Donald Trump am Dienstag und schien wohl selbst etwas überrascht zu sein über den Spruch des Obersten Gerichtshofes der USA in Bezug auf das von ihm erlassene Einreiseverbot für Personen aus sieben mehrheitlich islamischen Ländern, darunter der Iran, Libyen, Somalia, Syrien und der Jemen.

Mit fünf zu vier Stimmen war es nur ein knapper Entscheid für Trumps Restriktion. Die vier noch von Clinton und Obama nominierten Richter lehnten den „Travel Ban“ ab. Dennoch ist es wohl einer der größten Erfolge seiner bisherigen Amtszeit. Auch in einer offiziellen Stellungnahme des Weißen Hauses wird diese Stärkung Trumps Politik als „riesiger Sieg für die amerikanische Bevölkerung und die Verfassung“, gerühmt. Erklärend heißt es, in einer Ära des weltweiten Terrorismus und der extremistischen Bewegungen, die darauf aus seien, unschuldige Zivilisten zu verletzen, müsse man jene, die einreisen sorgfältig überprüfen.

Dieses Urteil kippt alle anderen Entscheidungen niedrigerer Gerichtsinstanzen, die die Umsetzung des Erlasses mit dem

Einwand der Diskriminierung ausgesetzt hatten und auch Trumps Hauptargument der nationalen Sicherheit nicht gelten ließen.

Nun erklärte das Oberste Gericht, dass das Einreiseverbot weder Migrationsgesetze, noch die Religionsfreiheit gefährde. Die Richter würden nicht darüber urteilen, ob diese Politik funktioniere, aber das Argument der nationalen Sicherheit sei ausreichend gerechtfertigt worden, erklärte Richter [John Roberts](#). Der Richterspruch stärkt auch per se Trumps Recht per Dekret darüber zu entscheiden, wer einreisen dürfe. Nun könnten weitere Länder folgen.



Hans-Jörg Müller: „Der Westen bricht permanent Völkerrecht!“

Beim G7-Gipfel in Kanada haben sich US-Präsident Donald Trump und der neue italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte dafür ausgesprochen, dass Russland beim nächsten Treffen der bedeutendsten Industrienationen der westlichen Welt wieder am Tisch sitzt ([PI-NEWS-berichtete](#)). Die deutsche Bundeskanzlerin ist strikt dagegen.

Bei der Befragung der Kanzlerin in der vergangenen Woche hat der AfD-Abgeordnete Michael Ependiller Merkel explizit dazu gefragt, warum sie sich diesem Schritt verwehrt. Merkel

antwortete, dass dies nicht möglich sei, weil Russland auf der Krim das Völkerrecht gebrochen hätte.

Dem widerspricht jetzt der AfD-Abgeordnete Hans-Jörg Müller vehement: „Die ganze Sezession der Krim von der Ukraine und der Anschluss an Russland hatte erst stattfinden können, nachdem vorher in der Ukraine der rechtmäßig gewählte Präsident Janukowitsch weggeputscht worden war. Und dieser Putsch war finanziert und organisiert vom Westen.“

Und weiter: „Wenn der Westen nicht schon das Völkerrecht gebrochen hätte durch das Wegputschen des Präsidenten Janukowitsch, wäre es niemals zu einer Sezession der Krim und zu einem Anschluss an Russland gekommen. Frau Merkel hat wie üblich Ursache und Wirkung verwechselt.“

Zur Rolle der UNO sagt Müller im Interview mit PI-NEWS: „Der Westen bricht permanent Völkerrecht. Der Westen hat damals völkerrechtswidrig Serbien angegriffen. Der Westen hat auch jetzt wieder vor ein paar Wochen ohne ein UN-Mandat Syrien bombardiert. Die UNO ist verkommen zu einer leeren Hülle, die vom Westen nur noch zur Aggression gegen den Osten missbraucht wird und das ist sehr traurig und schade.“



Historischer

Handschlag

zwischen Trump und Kim in Singapur

Mit einem Handschlag für die Geschichtsbücher haben sich US-Präsident Donald Trump und der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un zu ihrem Gipfel in Singapur begrüßt. Der längere Händedruck am Dienstag in einem Luxushotel auf der Sentosa-Insel wurde von weiterer freundlicher Körpersprache begleitet: Die beiden Staatenlenker fassten sich gegenseitig an die Arme und lächelten.

US-Präsident Donald Trump hat das erste Gespräch mit Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un gelobt. „Very good. Very, very good. Excellent relationship“, sagte Trump am Dienstag nach einer etwa 40-minütigen Unterhaltung mit Kim in Singapur, an der außer den beiden Protagonisten nur zwei Dolmetscher teilgenommen hatten.

Um kurz nach 9 Uhr Uhrzeit (3 Uhr deutscher Zeit) hatten sich Trump und Kim in einem historischen Aufeinandertreffen zwölf Sekunden lang die Hände geschüttelt, während im Hintergrund nordkoreanische und US-amerikanische Flaggen aufgestellt waren. In ersten Worten sagte Kim, es habe viele Hindernisse auf dem Weg zu diesem Treffen gegeben, aber sie seien alle überwunden worden.

Trump sagte, die USA und Nordkorea würden eine hervorragende Beziehung haben, daran habe er keine Zweifel. Nach dem persönlichen Gespräch wurde der Gipfel in größerer Runde fortgesetzt, an der neben den Staatschefs unter anderem auch US-Außenminister Mike Pompeo teilnahm. Unterdessen sagte der frühere US-Basketballstar Dennis Rodman am Dienstag dem Nachrichtensender CNN, wenn man über Basketball spreche, könne Kim durchaus auch selbst Englisch verstehen. Rodman hatte Kim mehrfach persönlich getroffen.

Trump sagt „großartige Beziehung“ zu Kim voraus

In einem kurzen Statement vor laufenden Kameras sagte Trump eine „großartige Beziehung“ zu Kim voraus. Daran habe er „keinen Zweifel“. Der nordkoreanische Machthaber sagte seinerseits, der Weg zu seinem Treffen mit dem US-Präsidenten sei „nicht leicht“ gewesen. Im Weg gestanden hätten „die alten Vorurteile und Praktiken“. Doch seien diese Hindernisse überwunden worden, „und wir sind heute hier“.

Trump und Kim zogen sich anschließend hinter verschlossene Türen zurück. Im ersten Teil der Beratungen waren nur die beiden Übersetzerinnen an ihrer Seite. Später soll die Runde um die Beraterteams beider Staatenlenker erweitert werden.

Bei dem Gipfel geht es um den Abbau des nordkoreanischen Atomwaffenarsenals und die Friedensperspektiven auf der koreanischen Halbinsel. Es ist das erste Mal, dass sich ein amtierender US-Präsident und ein nordkoreanischer Machthaber treffen.

Jahrzehntelang galt eine derartige Begegnung als undenkbar, doch Trump hatte sich im März überraschend zu einem Gipfel bereit erklärt. Trumps Vorgänger verfolgten stets die Linie, es könne kein Treffen mit einem Herrscher aus Pjöngjang geben, ohne dass dieser zuvor offiziell von seinem Rüstungs- und Atomprogramm ablässt. Die früheren US-Präsidenten scheuten sich überdies, den Machthaber des international isolierten Landes diplomatisch derart aufzuwerten wie es Trump nun tut.

Trump widerlegt seine Kritiker

Ob eine grundsätzliche Einigung auf die geforderte atomare Abrüstung Nordkoreas oder zumindest auf einen Fahrplan für den weiteren Prozess gefunden werden kann, war völlig offen. Unterhändler hatten bis zur letzten Minute um mögliche Vereinbarungen gerungen. Der erste Gipfel beider Länder wird von großen Hoffnungen begleitet. Der Streit um Nordkoreas Atomwaffenprogramm ist einer der gefährlichsten Konflikte der

Welt.

In einem wütenden Tweet wies Trump am frühen Morgen seine Kritiker zurecht. „Wir haben unsere Geiseln (zurück), die Tests, die Forschung und alle Raketenabschüsse sind gestoppt“, schrieb Trump. „Und diese Experten, die mir von Anfang an Fehler vorwarfen, haben nichts anderes zu sagen“, fuhr der US-Präsident fort. „Wir werden okay sein.“ Mit dem Hinweis auf die Geiseln bezog sich Trump auf drei US-Bürger, die vergangenen Monat aus der Haft in Nordkorea freigelassen worden waren.

In US-Medien waren zuvor Zweifel aufgekommen, ob die USA bei dem Gipfel mit Kim Jong Un entscheidende Fortschritte erzielen können. Während das Weiße Haus verbreitete, die Vorgespräche liefen besser als erwartet, wurde spekuliert, die USA könnten bei den Nordkoreanern gegen eine Wand laufen. Trump hatte am Vortag erklärt, er werde bereits am Dienstagabend nach dem Gipfel wieder nach Hause fliegen. In früheren Planungen war von Mittwoch die Rede gewesen. *(dpa/afp/dts/EpochTimes)*



**Video: 70 Jahre Israel –
Eröffnung der US-Botschaft in**

Jerusalem

Zeitgleich mit den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Gründung Israels eröffnen die USA am 14. Mai ihre Botschaft in Jerusalem. Eine große Delegation der USA wird an dem Festakt teilnehmen. Rund 250 Regierungsbeamte, Senatoren, Kongressabgeordnete und christliche und jüdische Führer sind zu dem historischen Ereignis angereist, angeführt von [Ivanka Trump](#), der Tochter von Präsident Donald Trump und ihrem Gatten Jared Kushner. Ivanka schrieb dazu auf Instagram: Wir freuen uns darauf, Israels 70. Jahrestag und die strahlende Zukunft zu feiern“, sie bete für den „Frieden und das grenzenlose Potenzial der Zukunft der amerikanisch-israelischen Allianz“.

Israels Premierminister Benjamin Netanyahu hatte von einem „bewegenden Tag für das Volk und den Staat Israel“ gesprochen und zitierte am Montag bei [Twitter](#) aus der Bibel:

Als der Herr die Gefangenen Zions zurückbrachte, da waren wir wie Träumende.

Bereits am Sonntag empfing Benjamin Netanyahu rund 800 Gäste, darunter 40 Botschafter. Mit Ausnahmen von Österreich, Ungarn, die Tschechische Republik und Rumänien hatten sich die meisten europäischen Diplomaten, ganz im Sinne ihrer vor sich hergetragenen Israelfeindlichkeit, schon im Vorfeld offen entschieden nicht daran teilzunehmen. Ungarn Tschechien und Rumänien waren in der EU mit ihrem Veto die Bollwerke gegen eine offizielle Verurteilung der Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem. Der deutsche Merkel-Unrechtsstaat, der seinem eigenen Volk tagtäglich die Nazikeule überbrät und Patrioten bei jeder Gelegenheit Judenfeindlichkeit unterstellt demaskiert sich durch seine Nicht Teilnahme einmal mehr.

Am Montag wird die offizielle Einweihungszeremonie im neuen Konsulat der Vereinigten Staaten stattfinden. Und schon in zwei Tagen wird, wie vor Monaten angekündigt, auch Guatemala

seine Botschaft nach Jerusalem verlegen.

Islam ist Frieden™

Tausende Polizisten in der ganzen Stadt werden nach besten Möglichkeiten und mit israelischer Präzision für Sicherheit und Ordnung sorgen. Dennoch sind die Feierlichkeiten Anlass zu großer Sorge.

Schon im Vorfeld war der Umzug und die Eröffnung der Botschaft Anlass für die sogenannten „Palästinenser“, die Ost-Jerusalem ja als Hauptstadt ihres zukünftigen „Palästinas“ sehen, zu drohen und ihrem Hass freien Lauf zu lassen. Dass mit rund einer Million Demonstranten an der Grenze zu Israel gedroht wurde war eigentlich nur der Aufruf die Grenze im Gazastreifen zu stürmen. Die israelische Armee hatte via Videobotschaft vor dieser Gefahr einer Gewaltwelle gewarnt und angekündigt das Land zu verteidigen gegen die Bedrohung durch die Mörderbande Hamas.

This is NOT the video that anyone wants to see this week.
pic.twitter.com/gBUIQivyRo

– IDF (@IDFSpokesperson) [13. Mai 2018](#)

In den Lügenmedien, auch und vor allem in Deutschland werden aber seit Tagen zwei Pali-Terroristen beweint, die von israelischen Soldaten beim Versuch die Grenze gewaltsam zu entern erschossen wurden, ebenso wie die angeblich 147 verletzten Eindringlinge.

Gleichzeitig aber größtenteils Schweigen darüber, dass Al-Kaida-Chef Aiman al-Sawahiri seine Terror-„Spitzbuben“ zum bewaffneten Dschihad gegen die USA aufrief. Er verglich die Eröffnung der US-Botschaft mit den Kreuzzügen. Donald Trump habe „das wahre Gesicht des modernen Kreuzzugs offenbart“, [so der Terrorchef](#).

Und wie angekündigt geht es auch schon los: Der Sturm auf die Grenze hat begonnen. Und als ob das gewaltsame Eindringen in einen fremden Staat ein verbrieftes Recht und die Verteidigung dieser Grenze ein Schwerverbrechen sei, [betrauert die Lynchpresse](#) die armen Terroristen, die man an der Übernahme hinderte.

Die Auseinandersetzungen an Israels Grenze zum Gazastreifen begannen schon Stunden vor der Feierlichkeiten zur Botschaftseröffnung, die um 15 Uhr beginnen.

Und es fielen bereits Schüsse: Mindestens 16 Palästinenser wurden offenbar bei Konfrontationen mit israelischen Soldaten an der Grenze getötet. Unter den Toten soll sich auch ein 14-jähriger Junge befinden, berichtet die Gesundheitsbehörde im Gazastreifen.

Die Terrorarmee rollt an:





» Momentaufnahmen [von AFP](#)



Kritik an Israel, Trump und jedem anderen Politiker natürlich erlaubt

Von KEWIL | Nachdem [am Donnerstag hier Trump](#) und Israel kritisiert wurden, weil sie meiner Meinung nach wieder verschärft auf Krieg oder zumindest kriegerische Auseinandersetzungen im Nahen Osten aus sind und dies mit Fake News rechtfertigen wollen, brachen bei manchen Kommentatoren ziemlich agitatorisch und unkontrolliert alle Dämme. Einer meinte gar, er müsse mich als „Nazi“ beschimpfen.

Kommen wir zur Sache! Immer wieder denken einige, PI-NEWS sei doch proamerikanisch und proisraelisch und da könne man doch Israel und die USA überhaupt nicht kritisieren. Ja Entschuldigung, die Hälfte der Amerikaner hat Trump nicht gewählt, und trotzdem sind das amerikanische Staatsbürger oder was denn sonst? Und wer glaubt naiv, alle Israelis seien Anhänger von Bibi Netanjahu? Die zentrale Frage ist aber eine ganz andere. BEOBACHTER hat [mir widersprochen](#) und geschrieben:

Was ist mir näher: das Hemd oder die Hose? Beides zusammen geht nicht. Ich muss mich schon entscheiden. Und ich entscheide mich für Israel und die USA.

Richtig! Man muss sich entscheiden, und ich entscheide mich einzig und allein für – Deutschland!! Ich habe genug von der wackligen Schaukelpolitik der USA. 1977 stand US-Präsident Jimmy Carter noch fest zum Schah und bezeichnete den Iran als „Insel der Stabilität“. Zwei Jahre später ließ der Westen Pahlevi fallen und naiv den Begründer des heutigen Mullah-Systems, Ajatollah Khomeini, von Paris triumphal in Teheran einfliegen.

1979 unterstützten die USA die Taliban in Afghanistan gegen die Sowjetunion. Die führten dann den radikalen Islam ein und nach 9/11 mussten die USA gegen die Taliban kämpfen und wurden dabei teilweise von ihren eigenen Waffen beschossen, die sie einst den bärtigen Gotteskriegern geschenkt hatten, z.B. Stinger-Raketen. Schließlich vertrieben die USA die Taliban von der Regierung, aber das Land ist im totalen Chaos. Fast täglich, so auch heute, gibt es schwere Bomben- und Selbstmordattentate, ein Frieden ist nicht in Sicht, trotz von der Leyens Bundeswehr, die mit ihrem Schrott punkten will.

Im ersten Golfkrieg, der von 1980 an acht Jahre dauerte, griff der vom Westen unterstützte Saddam Hussein den Iran an. Im zweiten Golfkrieg 1991 unterstützte der Westen die Schiiten im Irak, hatte aber nix dagegen, als sie Saddam Hussein

niederschlug. Im dritten Golfkrieg 2003 marschierten die Amerikaner und Briten mit einer der größten Lügen im Irak ein und warfen Saddam Hussein vor, er besitze „Massenvernichtungswaffen“ (was auch ich dumm und naiv glaubte). Kein Wort war wahr, alles erlogen. Das Resultat seither: geschätzt eine Million Tote, der Irak zerfallen und kaputt, ein Trümmerfeld, Frieden nicht in Sicht.

Dann kam der arabische Frühling! [2011 wurde der libysche Diktator](#) Gaddafi von den USA, Kanada, England und Frankreich bombardiert. Seither kommt halb Afrika über Libyen zu uns. Im selben Jahr wurstelte der Westen auch planlos in Syrien hinein. Das Ergebnis kennen wir.

Auch wenn es in Israels Interesse liegen mag, sämtliche Nachbarländer in Chaos und Bürgerkrieg zu stürzen, in unserem Interesse liegt das nicht. Wir haben seither zusammengerechnet Millionen Flüchtlinge genau aus diesen Ländern in Nahost und Afrika: Iran, Irak, Afghanistan, Syrien und viele Afrikaner. Es wäre besser gewesen, der Westen hätte sich aus diesen Gebieten militärisch herausgehalten. Vermutlich hätten trotz aller Diktaturen dort weniger Menschen sterben müssen und die Sicherheitslage wäre besser.

Ähnlicher Meinung sind übrigens auch die konservative Amerikanerin Ann Coulter, der kluge konservative [Pat Buchanan](#), [einst](#) US-Präsidentschaftskandidat, das Blog [The American Conservative](#) und viele US-Amerikaner mehr, die mit Links gar nichts am Hut haben!



USA-Besuch: Merkel und Trump verhandeln bilaterale Abkommen

Von WALTER EHRET | Küsschen, Umarmungen, Handshake. Das mit Spannung erwartete Aufeinandertreffen zwischen dem US-Präsidenten und der deutschen Kanzlerin in Washington begann mit einem unerwarteten Bilderfeuerwerk. Doch niemand sollte sich davon blenden lassen. Präsident Trumps Inszenierung zielte vor allem darauf, die deutsche Kanzlerin international nicht zu beschädigen. Der Grund dafür wurde schnell offenbar: Neue deutsch-amerikanische Regierungsdeals treiben einen Keil mitten durch Europa und einige Aussagen der deutschen Regierungschefin waren geeignet in den Amtsstuben der EU Tumulte auszulösen.

Betrachtet man die deutsch-amerikanischen Konsultationen am Freitag Abend nüchtern, war der vermeintlichen „Anführerin der freien Welt“ am Ende das deutsche Hemd doch näher als die europäische Jacke. Brüssels Strategen erwarteten vergeblich eine harte Linie der Kanzlerin gegenüber Donald Trump. Statt die EU-Vorstellungen zu überbringen, wonach es keine Verhandlungen geben sollte, bis in den USA die Strafzölle aufgehoben wurden, schlossen Merkel und Trump überraschend eine Reihe von Deals. Bilaterale Abkommen, die es nach EU-Vorstellungen gar nicht geben dürfte.

US-Rüstungstechnik im Austausch für Ausnahmen bei den

Russlandsanktionen

Im Konkreten deuten die Übereinkünfte zwischen Merkel und Trump darauf hin, dass die deutsche Bundeswehr ihren Mangel an Militärtechnik nun verstärkt mit amerikanischen Rüstungsprodukten deckt. Im Gespräch war zuletzt bereits der Ankauf von 60 Schwerlasthubschraubern im Wert von fünf Milliarden Euro, dazu C-130J-Transportmaschinen als Ergänzung für den europäischen Pannentransporter M400 und möglicherweise F35-Kampffjets der USA als Ersatz für die veralteten deutschen Tornados. Es ist ein wahrscheinliches Szenario für den Deal mit der US-Regierung – sieht sich Trump doch ohnehin als Chefverkäufer der amerikanischen Rüstungsindustrie und aus Deutschland winkt hier ein gewaltiges Auftragsvolumen. Im Gegenzug genehmigen die USA offenbar deutsche Ausnahmen in den Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Die Kanzlerin sprach dabei von direkten Gesprächen mit dem US-Finanzminister und verwies darauf, sie könne notfalls auch beim amerikanischen Präsidenten antelefonieren.

Auch in Sachen Zuwanderung dürfte die Kanzlerin nach den Washingtoner Gesprächen ihre Positionen wohl noch einmal gründlich überdenken. Trump erläuterte im Pressegespräch unmissverständlich, die USA drängen auf Grenzschließungen und strikte Einwanderungsbegrenzung. Und das in einer Deutlichkeit, dass es fast wie eine Drohung in Richtung Deutschland klang, auch wenn der US-Präsident sich damit nicht ausdrücklich an Angela Merkel wandte. Man darf deshalb gespannt sein, ob die Bundesregierung in den nächsten Tagen Anzeichen erkennen lässt, die auf eine Änderung in dem verheerenden Flüchtlingskurs schließen lassen. Denn natürlich ist es ein international sicherheitsrelevantes Politikum, wenn Deutschland als wichtigster NATO-Partner in Europa sich innenpolitisch zu destabilisieren droht. Dann berührt das selbstverständlich auch US-Interessen und erfordert eine klare Ansprache des amerikanischen Präsidenten.

Merkel unterwirft sich der amerikanischen Macht

Betrachtet man den Gesamtverlauf des bilateralen Arbeitstreffens, hat wohl niemand Kanzlerin Merkel in ihrer gesamten Amtszeit je zuvor so devot gegenüber der Macht gesehen, wie bei der Pressekonferenz in Washington. Sie deutete sogar ihre berüchtigte „Bierzeltrede“ um, wonach sich Europa mehr auf sich selbst verlassen müsse und setzte sie nun, man vernahm es mit Staunen, in einen Zusammenhang zu der „unfairen“ US-Überbelastung in den Verteidigungsausgaben.

Auch Trump griff tief in die Trickkiste der Rhetorik. Mit immer wieder erfolgenden gezielten Abschweifungen zu anderen Themen, wie etwa die Entwicklungen in Korea, brüskierte er die Kanzlerin und verdeutlichte immer wieder, dass der USA-Besuch der Kanzlerin auf seiner Agenda nur eine kleine Nebenrolle spielt. Deutschland wurde knallhart auf das reduziert, was es ist. Ein machtpolitisch und militärisch unbedeutender Handelsstaat.

Aus der EU droht Ärger für Merkel

Diese implizierten Zurechtweisungen dürften die Kanzlerin schwer getroffen haben. Und auch aus der EU droht Ärger. Wenn dort nun ein hektischer Krisenstab tagt, weil Merkel sich in Abkehr von der Brüsseler Linie dafür aussprach, bilaterale Abkommen mit den USA auszuhandeln, sollten die selbstherrlichen Eurokraten bedenken, dass die deutsche Kanzlerin eine Entscheidung treffen musste. Es ist die deutsche Schlüsselindustrie der Automobilbranche, mit ihren hoch angreifbaren globalisierten Zulieferungsketten, die von Trumps Abschottungspolitik bis ins Herz getroffen würde. Letztlich hat Angela Merkel hier auch in der Sache recht, denn die Welthandelsorganisation WTO ist seit dem Ausscheren der USA mausetot und war zuletzt nicht mehr in der Lage, internationale Abkommen zu verhandeln.

Insoweit ist die deutsche Regierungschefin am Tag von Washington erstmals seit Jahren wieder ihrer Amtspflicht gegenüber ihrem Land nachgekommen. Man möchte fast

gratulieren, wenn man dieser Kanzlerin auch nur einen Hauch Vertrauen entgegenbringen könnte und nicht befürchten müsste, dass die wohlklingenden Worte mit dem Anflug auf Berlins Flughafen bereits wieder vergessen waren.



Eilt: Trump und Macron planen Militärschläge gegen Syrien

Von WOLFGANG HÜBNER | Ohne übertriebenen Alarmismus: Es besteht Grund zu größter Besorgnis, dass der Syrien-Krieg nach den Drohungen von US-Präsident Donald Trump und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in hochgefährlicher Weise eskaliert. In einer aktuellen Twitter-Botschaft hat Trump heute einen Raketenangriff auf Ziele in Syrien angekündigt. Diesen wollen (und können) aber die Russen nicht ohne militärische Gegenreaktionen hinnehmen. Damit ist das Undenkbare wahrscheinlich geworden: Eine militärische Auseinandersetzung zwischen hochgerüsteten Atommächten.

Das ist der Wortlaut von Trumps Androhung:

Russia vows to shoot down any and all missiles fired at Syria. Get ready Russia, because they will be coming, nice and new and "smart!" You shouldn't be partners with a Gas Killing Animal who kills his people and enjoys it!

– Donald J. Trump (@realDonaldTrump) [11. April 2018](#)

Russland hatte bereits am Dienstag angekündigt, ein Militärschlag der Amerikaner könne „zu schwersten Folgen führen“ und betont, einen möglichen Raketenangriff mit eigenen Waffen abwehren zu wollen. Auf diese Ankündigung zielt die Twitter-Bemerkung Trumps am Anfang. Macht der US-Präsident seine Drohung wahr, dann kann es schon in den nächsten Stunden oder Tagen zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den USA und Russland kommen, wie es sie während der gesamten Jahrzehnte des „Kalten Kriegs“ glücklicher Weise nie gegeben hat.

Trump und Macron beschuldigen Assad, in Douma, einer bislang von radikalen Islamisten beherrschten Vorstadt von Damaskus, Giftgas eingesetzt zu haben. Das wird sowohl von der [syrischen als auch von der russischen Führung](#) bestritten. Sie beschuldigen die dort akut von der Niederlage bedrohten Islamisten, die Giftgasattacke inszeniert zu haben.

Für diese Version spricht in Anbetracht der für Assad und seine Verbündeten erfolgreichen Lage wesentlich mehr als für einen Giftgas-Einsatz der syrischen Regierungstruppen. Jedenfalls ist keinesfalls klar, was in Douma geschehen ist und wer dafür die Verantwortung hat. Allerdings hat Bundeskanzlerin Merkel bereits verlautbart, es gebe so gut wie keinen Zweifel mehr, dass in Syrien Chemiewaffen eingesetzt worden seien.

Es muss allen in Deutschland klar sein: Wenn Trump und Macron schießen lassen, wird Russland entweder zurückschießen oder nicht nur in Syrien als Papiertiger dastehen. Im wahrscheinlichen ersten Fall ist nicht nur der ohnehin brüchige Weltfrieden in höchster Gefahr, sondern auch das NATO-Mitglied Deutschland. Denn Deutschland müsste dem amerikanischen Verbündeten sowie dem EU-Partner Frankreich in das militärische Abenteuer mit Atomkriegspotential folgen – jedenfalls unter der Merkel-Regierung.



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der 71-jährige leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.



Trump fällt auf Fake News

rein und nennt Syriens Assad ein „Tier“

Von KEWIL | Ein Hubschrauber von Assad soll nach Duma gleich neben Damaskus geflogen sein und ein Giftfass runter geworfen haben. Keiner sah das, dafür kriegte die Welt die üblichen Bilder von total verstaubten Kleinkindern, die von den oppositionellen Weißhelmen aus irgendwelchen Dreckhäufen gebuddelt wurden und in die Kameras weinten.

Die Frage ist, ob die Opposition vorher diese Kinder selber eingestäubt und in den Schutt gelegt hat, um sie hinterher theatralisch auszupacken. Es sind komischerweise meist Kinder, die so „gerettet“ werden, sei es von Palästinensern nach einem israelischen Angriff, sei es von Islamisten und Terroristen gegen Assad. Es riecht jedenfalls verdammt nach Fake News, vor allem wenn man wieder die Frage „Cui bono?“ stellt.

Warum sollte Assad Giftgas auf Duma werfen, die haben doch bereits kapituliert? Nur Assads und Putins Gegner wollen mit aller Macht eine Befriedung Syriens verhindern, und da ist jedes Mittel recht. Und zu diesen militanten Gegnern gehört auch der militärisch-imperiale Komplex in den USA und Großbritannien, die auf ewig ihren Kalten Krieg brauchen und bei jedem Gedanken an Frieden erschauern.

Erinnern Sie sich noch, wie Trump im Wahlkampf und zu Beginn seiner Amtszeit einen Rückzug Amerikas aus allen möglichen Weltkonflikten und Freundschaft mit Russland ankündigte? Da müssen schon die Alarmglocken geschriillt haben. Und darum der monatelange lächerliche Hickhack mit Sonderermittlern gegen Trumps angebliche Russland-Verbindungen, dazu die herbei halluzinierte wahlentscheidende russische Einmischung in den US-Wahlkampf und neuerdings der diplomatische Kleinkrieg wegen dem Schlapphut Skripal, auch ein Giftgas-Opfer von Putin natürlich.

Nun hat Trump noch einen jüdischen Schwiegersohn mit guten Kontakten zum saudischen Kronprinz und eine Tochter Ivanka, die beim Anblick der weinenden, verstaubten Bombenkinder jedesmal in Ohnmacht fällt. Ja, ja, die Tochter gehört auch zur Regierung. Und so saß der Donald bereits einmal den Fake News syrischer Terroristen und westlicher Kalter Krieger auf und schickte vor einem Jahr sinnlos 60 Tomahawks. Was will er diesmal schicken, wenn er Assad ein „Tier“ nennt?

Wichtiger Nachtrag: Trumps Anhänger sind keineswegs so blöd wie der Präsident selbst. Sie durchschauen den Schwindel. Man lese diese 8000 plus Leser-Kommentare unter dem entsprechenden [„Assad Animal“-Artikel bei Breitbart!](#)



USA: Auch Abtreibungsfans protestierten Samstag gegen Waffen

Von KEWIL | Gestern protestierten angeblich Hunderttausende von Schülern in Washington und anderen US-Städten gegen Waffen und die Waffenlobby, eine Handvoll Naivlinge auch in Berlin, die es prompt in unser Staatsfernsehen schafften. Diese Demos wurden aber nicht von Schülern, etwa der vom letzten Amoklauf betroffenen Parkland High School in Florida, organisiert, sondern von allen möglichen Organisationen und Personen, die

den Demokraten nahestehen, wieder einmal gegen Trump Stimmung machen wollten und das Management des Protests gerne übernehmen.

So spendierten diverse linke Hollywoodstars, die jederzeit in gewalttätigen Filmen rumballern, ein bisschen Taschengeld, George Clooney etwa \$500,000. Lady Gaga schickte einen eigenen Bus, linke NGOs wie die von George Soros ließen auch was springen, das Football-Team der New England Patriots verlieh seinen Mannschaftsjet, um Schüler für ein Wochenende nach Washington zu fliegen, ein paar Pussy-Hüte vom Women's March letztes Jahr waren auch zu sehen, und einen Gipfel an Heuchelei bot Planned Parenthood, die sich als Abtreibungsfans anscheinend nicht fehl am Platz fühlten.

PI-NEWS ist kein Anhänger der lockeren amerikanischen Waffengesetze, aber gegen unsere immer restriktiveren Verbote hier, wobei Verbrecher komischerweise immer an Waffen kommen. Und wir sind ein Gegner unserer Lückenpresse. Auch vermisst man bei den MSM-Journalisten jegliche Realität. Selbst wenn man das Jahrhunderte alte Recht in der US-Verfassung auf Waffenbesitz komplett streichen würde, wer ist so naiv und glaubt, dann würden die bisher verkauften 300 Millionen Schusswaffen alle brav am nächsten Tag abgeliefert.

Die Presse berichtet auch immer empört von 30.000 Erschossenen jährlich in den USA. Über die Hälfte sind aber Selbstmörder, dazu kommt die umfangreiche Bandenkriminalität, die damitgezählt ist. Die Kriminellen geben ihre Waffen sicher nicht ab, auch wenn das nächste Mal in Berlin 25 naiv vor dem Brandenburger Tor stehen. Die Toten durch Amokläufe sind verschwindend wenige. Und alle Demos gestern gegen Waffen wurden von schwer bewaffneten Polizisten beschützt.



Hochkarätige US-Referenten bei IfS-Kongress in Magdeburg

Was haben wir uns alle gefreut, als Donald Trump dem linksgrünen Mainstream zeigte, wo der Hammer hängt. Präsident! Gegen den Willen der Medien und des Establishments. Das war eine Ansage. Jetzt ist Zeit für Recherche und Hintergrundinfos. Woher kommt der Erfolg? Wer waren Trumps inhaltliche Wegbereiter – außer dem berühmten Steve Bannon? Und vor allem: Was folgt denn nun?

Jenseits des Internets werden diese großen Fragen nun beantwortet. In Magdeburg veranstaltet das freiheitlich-konservative Institut für Staatspolitik um Götz Kubitschek einen Kongress, für den nur 250 Karten erworben werden können.

Kubitschek selbst [schreibt im Blog seiner Zeitschrift „Sezession“](#) über den Kongress und verkündete dort sogleich das spannende Programm. Mit dabei sind u.a. Roger Devlin, Millennial Woes und Jared Taylor aus den USA! Es sind ihre ersten Auftritte in Europa überhaupt. Weitere Referenten sind z. B. Martin Lichtmesz und Ellen Kositzka. Ein hochkarätiges Line-Up!

Der Tagungsort Magdeburg eignet sich hervorragend. Dort sitzt die prozentual bisher stärkste AfD-Fraktion, es ist ausgezeichnet gelegen – ob von Berlin, Leipzig oder Hannover – und das IfS ist bekannt für Top-Veranstaltungen. Für 50 Euro (Studenten: 25 Euro) ist man bei allen Vorträgen und der

Podiumsdebatte dabei, Mittagessen, alkoholfreie Getränke, Kaffee usw. sind dabei schon inklusive.

Die Anmeldung zum US-Kongress des IfS erfolgt über die Mail-Adresse anmeldung@staatspolitik.de oder über die [im „Sezession“-Blog verlinkte PDF-Datei](#). Nur 250 Plätze sind zu vergeben. Daher muss man wohl schnell sein. Man sieht sich in Magdeburg!



Video USA: „Anti“-Faschist rennt bei Demo gegen Christen vor Auto

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Zur geistigen Verbohrtheit vieler Linksextremisten gesellt sich bisweilen auch völlige Gedankenlosigkeit und bodenloser Leichtsinn. In Portland, USA krakeelte ein „Anti“-Faschist lautstark gegen eine christliche Demo.

Dort nahmen auch Schwarze teil, die christliche Symbole trugen, darunter auch ein Kind. Der Linksgestörte wertete dies allen Ernstes als „nicht-weißes Vorherrschaftssymbol“, faselte etwas von „Überlegenheitsdenken“ und unterstellte, dass diese Christen „andere unterdrücken“ und sie auch „körperlich verletzen“ wollten.

Nun, das mit der körperlichen Verletzung geschah dann auch, aber ganz anders, als er sich das wohl vorgestellt hatte. Während seines linksideologischen Agitierens rannte er über die Straße, schaute nicht richtig nach dem Gegenverkehr und wurde prompt von einem Auto gerammt.

Obwohl der Fahrer noch geistesgegenwärtig abbremste, war der Aufprall heftig, so dass der Linksextremist über die Motorhaube flog. Kurz zuvor hatte dessen Genosse noch per Megaphon geplärrt, dass der Kommunismus die „Ideologie der Zukunft“ sein wird. Das Zwei-Minuten-Video von Ruptly haben seit Veröffentlichung am 23. Dezember des vergangenen Jahres bereits knapp 800.000 Menschen gesehen:

Im Gegensatz zu vielen Linksextremisten wünschen wir patriotischen Demokraten den Andersdenkenden nichts Böses und attackieren weder Personen noch Gegenstände. Daher an dieser Stelle auch keine Schadenfreude, dass der Antifant nach dem Aufprall nicht mehr aufstehen konnte. Selbst, wenn er einer Gruppierung angehört, die in New Jersey im Juni 2017 als [Terror-Organisation eingestuft](#) wurde.

Dieser selbstverschuldete Unfall wird bei dem Schwarzvermummten vermutlich keinen Denkprozess auslösen. Man weiß aus Erfahrung, dass bei besonders verbohrten Linksideologen auch Leidenserfahrungen mit denjenigen, die sie als ihre ganz besonderen Schützlinge ansehen, zu keinerlei Umdenken führen.

Das Modell „Wer nicht hören will, muss fühlen“ funktioniert bei diesen Beton-Linken nicht. Ganz im Gegenteil, um das eigene utopische Weltbild zu bestätigen, wird der Täter dann bisweilen sogar in einen „Nazi“ verwandelt, beispielsweise nach Vergewaltigungen durch sogenannte „Flüchtlinge“.

So geschehen beispielsweise im Januar 2016: Die 24-jährige türkischstämmige Selin Gören, Bundessprecherin des Jugendverbandes der Partei Die Linke, wurde in einem

Mannheimer Park von drei Arabern überfallen, die ihre Handtasche stahlen. Einer zwang sie auch noch zum Oralverkehr. Bei der Polizei wandelte sie die arabischen Täter kurzerhand in Nazi-Deutsche um. So etwas kann nur einem linksgestörten Hirn entspringen. Die Internetseite „Watson“ berichtete trotzdem recht verständnisvoll:

Sie wagt nicht, die Wahrheit zu erzählen, weil sie den rabiaten rechten Shitstorm befürchtet. Die Hetze. Anschläge auf Flüchtlinge. Brennende Asylantenheime. Gewalt.

Selin Gören identifiziert sich über ihren migrantischen Hintergrund mit den Tätern. Eine Art Stockholm-Syndrom greift. Sie lügt. Sie geht zur Polizei und meldet den Diebstahl. Die Angreifer beschreibt sie als Deutsche. Das ist natürlich kreuzfalsch. Aber vor dem Hintergrund einer sich täglich radikalierenden Realität verständlich. Und tragisch. Denn es zeigt leider viel zu deutlich, wer in der Kette der Angst zuhinterst steht, noch immer und trotz allem: die Frau.

Die sich selbst als „vegane Antifaschistin“ definierende Türkischstämmige hätte ihre Lügen wohl weiter durchgezogen, wenn ihr Freund sie nicht bearbeitet hätte:

Ihr Freund fleht sie an, die Wahrheit zu sagen, schliesslich sei einer andern Frau in Mannheim gerade etwas Ähnliches widerfahren. Selin Gören entscheidet sich dafür, weitere Frauen vor Übergriffen zu schützen, und erzählt der Polizei die Wahrheit. Danach erfährt sie, dass das andere Mannheimer «Vergewaltigungsopfer» seine Geschichte zu rassistischen Propagandazwecken erfunden hat.

Die Jungpolitikerin befindet sich in einem Netz aus Lügen, Angst und Ängste schürender Fiktion. Sie muss sich fühlen wie eine Marionette: Aus Angst vor rechten Reaktionen hat sie gelogen, weil sie auf eine rechte Intrige reingefallen ist, hat sie sich nun selbst der Lüge bezichtigt.

In ihrer Verzweiflung begeht die Linke einen Schwachsinn nach dem anderen:

Auf Facebook versucht sie, sich zu verteidigen, zu rechtfertigen, sie schreibt einen Brief an die «liebe rassistische <Missbrauchsgeschädigte>, die ihre Vergewaltigung nur erfunden hat» und löscht ihn wieder. Sie entschuldigt sich bei ihrem Täter und schreibt: «Du bist nicht das Problem. Du bist überhaupt kein Problem. Du bist meistens ein wunderbarer Mensch, der es genauso wie jeder andere verdient hat, sicher und frei zu sein. Danke, dass es dich gibt – und schön, dass du da bist.» Auch das löscht sie wieder.

Im Hirn der Linksverdrehten drehen die Synapsen komplett durch, da sich die realen Ereignisse nicht mit ihrer [geistigen Traumtänzerie](#) in Einklang bringen lassen:

Was auch immer sie tut, es ist verzweifelt. Und sie macht falsch, was sich falsch machen lässt. Weil sie nicht wagte, ihre Vergewaltigung von Anfang an korrekt anzuzeigen. Obwohl genau dies wieder zu einer ganz anderen, genauso ungunstigen Geschichte hätte führen können. Gina-Lisa Lohfink erfährt das gerade in aller Härte. Erst jetzt hat sie sich dazu entschieden, im «Spiegel» die Kette der Angst von hinten her zu demontieren.

Im Spiegel ist zu lesen, dass sie vor dem Überfall aus ihrer Wohnung geflüchtet war, da sie dort von ihren Familienangehörigen aus der Türkei mit Pro-Erdogan-Propaganda zugemüllt und ihre [leichte Bekleidung](#) kritisiert wurde. Ein paar Stunden zuvor war sie noch bei einer Kundgebung auf dem Mannheimer Paradeplatz ausgerechnet „gegen Rassismus und Sexismus“ aufgetreten. Diesen inneren Widerspruch schrieb sie sich bei Facebook von der tief gepeinigten linken Seele:

Eine Entschuldigung an einen fiktiven männlichen Flüchtling:

„Für uns beide tut es mir so unglaublich leid. Du, du bist nicht sicher, weil wir in einer rassistischen Gesellschaft leben. Ich, ich bin nicht sicher, weil wir in einer sexistischen Gesellschaft leben.“ Sie erklärt diesen Brief mit ihrem Wunsch, differenzieren zu wollen. Ihre Botschaft sei gewesen: „Es gibt in jeder Kultur Sexisten, aber man darf nicht alle Flüchtlinge für die Taten Einzelner zur Verantwortung ziehen.“

Sogar der Spiegel [stellte ihr die Frage](#), ob sich ihr Weltbild durch die Gewalttat verändert habe:

„Ach was, ich bin doch auch Migrantin“, sagt Gören. „Soll ich mich jetzt selbst hassen?“ Dann fügt sie hinzu: „Das Problem ist doch die sexistische, patriarchalische Gesellschaft.“

Da ist Hopfen und Malz verloren. Selin Gören wird es wohl nie begreifen, dass die Wurzel allen Übels der Islam ist. Unsere linken Gegner sind angesichts der realen Zustände in unserem Land politisch, weltanschaulich, geistig und moralisch am Ende. Sie ahnen es vermutlich, weigern sich aber, dies anzuerkennen. Ihre zusehends verzweifelten Aktionen gegen uns sind das letzte Strohfeuer, bis wie in Österreich auch bei uns rechtskonservative Patrioten das Ruder übernehmen. Auch, wenn es bei uns wegen der spezifisch deutschen Situation noch eine Zeitlang dauert – es wird so kommen.

(Spürnase USA-Video: Cedric Winkleburger)



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier. Von 2009 bis 2011 versuchte er im dortigen Integrationsausschuss vergeblich die Islamkritik zu etablieren. Im Mai 2011 wechselte er zur Partei „Die Freiheit“, wo er ab 2012 bayerischer Landesvorsitzender und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender war. Seine [Youtube-Videos](#) haben über 22 Millionen Zugriffe. Zu erreichen über [Facebook](#).



USA: „Palästinenser“ müssen Verantwortung für sich selbst übernehmen

Großes Lamento am Montag in den Tagesthemen, inklusive Kommentar: Die USA unterstützen nicht mehr UNRWA, das speziell

für palästinensische Flüchtlinge eingerichtete Hilfswerk. Über eine Million Menschen, und damit über die Hälfte der Bevölkerung von Gaza, hängt von den Zahlungen der verschiedenen Organisationen ab; Schule, Essen, Trinken wird den Bewohnern bislang frei Haus ins Land geliefert.

Faqek Al Haw („er hat Englisch und Computerwissenschaften studiert“) bringt die Sache stellvertretend für andere auf den Punkt: Eine Essensration für drei Monate reiche bereits jetzt nur für zweieinhalb Monate, erklärt er in fließendem Arabisch. Zu Hause warteten seine Frau und die hungrigen acht Kinder.

Wie konnten die USA nur? Heftige Kritik und „Warnungen“ in gefühlt jedem 2. Satz des [Beitrags der Tagesthemen](#) (ab 15:20 min): das werde zu Gewalt führen, wenn sie nichts mehr zahlen und die Gaza-Araber nichts mehr bekommen. Auch Israel könnte davon in Mitleidenschaft gezogen werden.

Zwar wird erfreulicherweise auch die Rolle der Hamas am Rande erwähnt und ein paar ihrer durchgedrehten Irren beim Ballern gezeigt, jedoch wird immer wieder die Frage aufgeworfen, was nun werden soll, wenn die USA nicht mehr zahlen.

Hier vielleicht ein paar Alternativen:

1. Die Gaza-Araber kontrollieren ihr Bevölkerungswachstum, sodass nicht nach 20 Jahren Haws Kinder 4 neue Familien gründen, die wiederum jede um die 8 Kinder haben. Mit Kondomen funktioniert das ganz einfach und kostengünstig. Weniger Menschen = mehr Güter für die verbleibenden.
2. Die Hamas kümmert sich mehr um die Wirtschaft, zum Beispiel um mehr Internetanschlüsse („Digitalisierung“), anstatt Geld und Zeit mit der Beschießung Israels zu vergeuden. Bei der offensichtlich guten Ausstattung mit „Computerwissenschaftlern“, die Englisch beherrschen, könnten PC-Arbeiten aus Gaza heraus für Firmen in aller Welt angeboten werden.

3. Problem Wasserversorgung: Die palästinensischen Wissenschaftler arbeiten endlich mit den Juden zusammen (nachdem sie zuvor Israels Existenz anerkannt haben) und [lernen fleißig von ihnen](#), wie man aus Dreckslöchern blühende Oasen zaubert. Nur drei von vielen weiteren denkbaren Alternativen.

Möglich wäre natürlich auch, dass die Araber auf die Suche nach neuen Geldgebern gehen, bei denen sie sich ihr Leben zusammenschnorren können, wie wäre es denn mit China, Iran, der Türkei, Saudi-Arabien ... ?

Vielleicht finden sich ja auch in Deutschland ein paar „Geldlotsen“, die mit „den vielen armen Kindern“ auf den Lippen durchs Land tingeln, um die von uns erschnorrtten Hilfen für Gaza noch einmal aufzustocken. Antonia, übernehmen Sie!